

## PRESSEMITTEILUNG

### **Welche negativen Auswirkungen riskieren Firmen in Luxembourg auf die Bevölkerungen des globalen Südens zu haben?**

*Veröffentlichung der Studie : „Risiko von Auswirkungen der Aktivitäten von Firmen auf die Bevölkerung des Globalen Südens : Die Fallstudie Luxemburg“*

**Luxemburg, 01/10/2020** - Während die Regierung Luxemburgs derzeit die Möglichkeit prüft, Rechtsvorschriften zur Einhaltung der Sorgfaltspflicht und der Wahrung der Menschenrechte zu erlassen (im deutschsprachigen Raum wird hier der Begriff Lieferkettengesetz benutzt), hat die NGO ASTM (Action Solidarité Tiers Monde) einen Bericht veröffentlicht der aufzeigt, dass ein erhebliches Risiko der Verletzung der Rechte von lokalen Gemeinschaften, ArbeitnehmerInnen und VerteidigerInnen im Globalen Süden durch Unternehmen mit Sitz in Luxemburg besteht. Anhand von Fallstudien von Unternehmen die im Großherzogtum ansässig sind, zeigt der Bericht, dass alle Sektoren betroffen sind und dass die Verabschiedung nationaler Rechtsvorschriften über die Sorgfaltspflicht notwendig ist, um mögliche Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Die Risiken sind in bestimmten Sektoren, insbesondere im Finanzsektor, besonders hoch, da dieser in der luxemburgischen Wirtschaft eine dominante Rolle einnimmt und die Aktivitäten ebendieses Sektors im Wesentlichen eine internationale Ausrichtung haben.

Der Bericht stellt zuerst **die Hauptrisiken auf Menschenrechts- und Umweltverletzungen** dar, von denen die Bevölkerungen im Globalen Süden betroffen sein können. Er konzentriert sich hierbei auf drei Kategorien von Beteiligten: die **lokalen Gemeinschaften**, die **ArbeiterInnen** und die **MenschenrechtsverteidigerInnen**. Für jede Kategorie stellt die ASTM, mithilfe ihrer Kenntnisse, ihres Austauschs mit Partnerorganisationen und ihren Untersuchungen,

mehrere negative Auswirkungen vor, die zu Verletzungen von Menschenrechten führen können.

*„In diesem Bericht haben wir mögliche Auswirkungen auf die Zivilrechte und die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte identifiziert. Diese zu identifizieren ist wesentlich und es ist besorgniserregend feststellen zu müssen, dass Firmen in Luxemburg dies nicht tun.“* erklärt Michaël Lucas, Hauptkoordinator der ASTM.

## **Identifizierung der Auswirkungsrisiken: Mangel an Kenntnissen und Verständnis**

Laut den Richtlinien der Vereinten Nationen für Unternehmen und Menschenrechte, ist die Folgenabschätzung einer der ersten Schritte des Due-Diligence Prozesses, der es den Unternehmen ermöglichen würde, Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte zu übernehmen.

Eine Studie über die Due-Diligence-Praktiken von Unternehmen in Frankreich, einem Land, das 2017 die "Sorgfaltspflicht" gesetzlich verankert hat, zeigt, dass die meisten von ihnen immer noch Schwierigkeiten haben, den Begriff des "Stakeholder-Risikos"<sup>1</sup> selbst zu verstehen. Die meisten von ihnen konzentrieren sich auf die Risiken für Unternehmen und nicht auf die Risiken für Dritte oder die Umwelt.

Bei einer TNS ILRES Studie der luxemburgischen Handelskammer im November 2019<sup>2</sup> stellte sich heraus, dass nur 16,6% der Unternehmen in Luxembourg regelmäßig eine Folgenabschätzung ihrer Aktivitäten auf die Menschenrechte, durchführt.

Die Studie *„Mapping the business and human rights landscape in Luxembourg“*<sup>3</sup>, die im August 2020 vom Ministerium für Auswertige und Europäische Angelegenheiten (MAEA) herausgegeben wurde, zeigt, dass es Lücken im Verständnis des gesetzlichen Rahmens gibt, auf den sich Unternehmen bei der Durchführung von Risikoanalysen beziehen sollten.

Laut den UN-Richtlinien tragen Unternehmen die Verantwortung die international anerkannten Menschenrechte zu respektieren. Dennoch haben von den 12 befragten

---

<sup>1</sup> Groupe Alpha (2018). Devoir de vigilance: quel bilan des premiers plans? Comment se positionnent les parties prenantes ?

<sup>2</sup> Studie bei der Handelskammer einsehbar

<sup>3</sup> Başak Bağlayan (2019). Mapping the business and human rights landscape in Luxembourg. National Baseline Study, <https://maee.gouvernement.lu/dam-assets/directions/d1/pan-entreprises-et-droits-de-l-homme/Mapping-the-Business-and-Human-Rights-Landscape-in-Luxembourg.pdf>

Unternehmen in einer Studie zur aktuellen Situation, nur 5 angegeben, dass sie sich in ihren öffentlichen Verpflichtungen an diese Norm halten.

Die Studie des MAEA schlussfolgert, dass es den Unternehmen in Luxemburg an allgemeinen Kenntnissen und Verständnis fehlt, Verantwortung für den Respekt der Menschenrechte zu übernehmen. *„Neun Jahre nach der Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte, verwechseln die Unternehmen die Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte mit der sozialen Verantwortung der Unternehmen (CSR). Die Einführung eines Gesetzes würde es ermöglichen die Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte klarzustellen und Unternehmen bei der Umsetzung zu unterstützen“* unterstreicht *Antoniya Argirova*, Verantwortliche für die politische Arbeit der ASTM.

## **Wirtschaftliche Politik in Luxemburg und die Auswirkungsrisiken in Bezug auf Menschenrechte**

Seit Jahren betreibt Luxemburg eine Anziehungspolitik für Multinationale Unternehmen, die zwar in Luxemburg ansässig sind, aber den Großteil ihrer Aktivitäten im Ausland ausüben. Der Grad der wirtschaftlichen Offenheit<sup>4</sup> Luxemburgs ist einer der weltweit höchsten: er liegt bei 206, wobei der der U.S.A bei 13 liegt und in Belgien bei 84.<sup>5</sup>

Diese Politik bleibt nicht ohne Folgen für die Achtung der Menschenrechte durch Unternehmen. Die Strategie, den Hauptsitz multinationaler Unternehmen nach Luxemburg zu verlegen, und die Integration der luxemburgischen Wirtschaft in komplexe und globalisierte Wertschöpfungsketten, erhöhen die Risiken einer möglichen Verwicklung von in Luxemburg ansässigen Unternehmen in Menschenrechtsverletzungen durch Geschäftsbeziehungen entlang ihrer Wertschöpfungsketten.

## **Finanzdienstleistung, ein Risikosektor**

Die Finanzdienstleistungen sind heute der wichtigste Wirtschaftssektor in Luxemburg. Aufgrund ihrer bedeutenden Vertretung in der luxemburgischen Wirtschaft, der Art ihrer Aktivitäten, die hauptsächlich international ausgerichtet sind, und des Umfangs der Transaktionen, stellen sie einen Sektor mit hohem Risiko dar

---

<sup>4</sup> Der Offenheitsgrad bemisst sich aus der Exportations- und Importationssumme von Gütern und Dienstleistungen eines Landes verglichen mit dessen BIP

<sup>5</sup> La Chambre de Commerce du Luxembourg (2019). Économie du Luxembourg. Ouverte, Dynamique, Fiable

und könnten einen erheblichen Einfluss auf die Menschenrechte der Menschen in den Ländern des Südens haben.

Neben den U.S.A. ist Luxemburg das zweitgrößte weltweite Zentrum für Investitionsfonds.<sup>6</sup> *Luxembourg for Finance* zufolge sind „die in Luxemburg ansässigen Investitionsfonds in mehr als 70 Ländern verteilt, mit einem besonderen Fokus auf Europa, Asien, Lateinamerika und den Mittleren Osten“.<sup>7</sup> Luxemburg ist zum Beispiel der zweit- oder drittgrößte Investor in Brasilien durch Investitionen, die über in Luxemburg ansässige Unternehmen getätigt werden, so André Veloso Fontenele Bezerril, Honorarkonsul von Brasilien in Luxemburg.<sup>8</sup>

Der Bankensektor macht etwa die Hälfte des wirtschaftlichen Gewichts des luxemburgischen Finanzsektors aus (gemessen an der Wertschöpfung).<sup>9</sup> Nach Angaben von *Luxembourg for Finance* haben große internationale Bankkonzerne aus Europa, Nordamerika, Asien und Lateinamerika eine Vertretung in Luxemburg eingerichtet, um den Bedürfnissen ihrer internationalen Kunden gerecht zu werden.<sup>10</sup> Auch sieben große chinesische Banken haben Luxemburg als ihre Plattform in Kontinentaleuropa gewählt.<sup>11</sup>

Laut den UN-Leitprinzipien sind alle Unternehmen verantwortlich für die Achtung der Menschenrechte. Dies schließt den Finanzsektor und Investoren mit ein.<sup>12</sup> Diese Verantwortung gilt auch für Aktionäre, ob Mehrheits- oder Minderheitsaktionäre, sowie für institutionelle Investoren wie Pensionsfonds.

*The Human Rights Benchmark*, die von der Organisation BankTrack im November 2019 veröffentlicht wurde, zeigt dass insgesamt vier von fünf Banken die Menschenrechte nicht achten.<sup>13</sup> Da in Luxemburg 136 Banken ansässig sind, dürfen die Auswirkungsrisiken dieses Sektors nicht ignoriert werden. „Vor kurzem haben wir erfahren das die umstrittene Mine „Las Bambas“ im Peru eine Finanzierung der luxemburgischen Abteilung der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC Luxembourg) erhielt. Seit mehreren Jahren stehen die Besitzer der Mine und die lokalen Gemeinschaften, die unter den sozialen und umweltbezogenen Auswirkungen der Mine leiden, in Konflikt. Die ASTM unterstützt diese Gemeinschaften durch Entwicklungskooperationen welche von Partnerorganisationen vor Ort umgesetzt werden.“, erklärt Cédric Reichel, Koordinator des Klimabündnis Luxemburg – Bereich Süden.

<sup>6</sup> <https://www.luxembourgforfinance.com/fr/la-place-financiere/fonds-dinvestissement/>

<sup>7</sup> <https://www.luxembourgforfinance.com/fr/la-place-financiere/fonds-dinvestissement/>

<sup>8</sup> <http://www.ms.gov.br/consul-de-luxemburgo-conversa-com-reinaldo-azambuja-sobre-investimentos-em-ms/>

<sup>9</sup> Luxembourg for Finance (2019). The state of the financial sector in Luxembourg – key figures

<sup>10</sup> Luxembourg for Finance (2018). Corporate finance

<sup>11</sup> Luxembourg for Finance (2018). Corporate finance

<sup>12</sup> <https://www.ihrb.org/focus-areas/finance/commentary-how-the-oecd-guidelines-relate-to-investors>

<sup>13</sup> [https://www.banktrack.org/download/the\\_banktrack\\_human\\_rights\\_benchmark\\_2019](https://www.banktrack.org/download/the_banktrack_human_rights_benchmark_2019)

## **Für ein Gesetz zur Due-Diligence**

Die UN-Leitprinzipien stellen aktuell die internationale Norm dar, was Unternehmen und Menschenrechte angeht. Leider verhindert ihre Freiwilligkeit eine generelle und wirksame Umsetzung. Deswegen appelliert die ASTM, zusammen mit anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft, die Luxemburgische Regierung dazu auf, die UN-Leitprinzipien in umfassende Sorgfaltspflichtgesetze umzusetzen.<sup>14</sup>

Darüber hinaus schließen sich immer mehr Stimmen den Anforderungen der Zivilgesellschaft an, einschließlich Akteure des Finanzsektors. Die *Investor Alliance for Human Rights*, eine Gruppe von 105 internationalen Investoren mit einem Vermögen von 5 Billionen Dollar, fordert alle Regierungen auf, Gesetze zu verabschieden, die eine Due-Diligence-Prüfung der Menschenrechte zwingend vorschreiben.<sup>15</sup>

---

### **Notitz an die Redaktionen:**

#### **Action Solidarité Tiers Monde asbl**

Action Solidarité Tiers Monde ist eine luxemburgische Entwicklungs-NGO, die sich seit 50 Jahren für die Verbesserung der Lebensbedingungen der am stärksten benachteiligten Menschen einsetzt. Sie setzt sich für die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Emanzipation der Völker der sogenannten "Dritten Welt" ein. Die als gemeinnützig anerkannte Vereinigung wird von der Überzeugung geleitet, dass die größten Hindernisse für diese Emanzipation im eigenen Land, in den Zentren der wirtschaftlichen und politischen Macht, zu finden sind. Deshalb erkennt sie ihren drei Tätigkeitsbereichen die gleiche Bedeutung an: Solidaritätsprojekte, Bewusstseinsbildung und Fortbildung sowie politische Arbeit und Analyse.

#### **Pressekontakt**

Lisa Ewen, Kommunikationsbeauftragte  
lisa.ewen@astm.lu  
Tel : 400427- 21

Der Bericht und die Infografiken sind ab dem 1. Oktober auf der Webseite [www.nocorporateimpunity.org](http://www.nocorporateimpunity.org) zugänglich.

---

<sup>14</sup> <https://www.initiative-devoirdevigilance.org/>

<sup>15</sup> <https://investorsforhumanrights.org/news/call-sign-ons-investor-case-mandatory-human-rights-due-diligence>